

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen Vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Expeditionsbüro nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Verlagsbüro: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 275.

Dresden, Sonnabend den 27. November 1915.

26. Jahrg.

Die sechste Kriegstagung des Reichstags.

Der Vormarsch auf Ipek, Brisrend und Djakova. — Französischer Rückzug in Mazedonien. — Heftige Kämpfe bei Riga. — Die Kriegsgewinnsteuer.

* Bereits zum sechsten Male seit Ausbruch des Weltkriegs versammelt sich der Reichstag. Die erste, auf den 20. November anberaumte Sitzung wird voraussichtlich ohne größere Erörterungen verlaufen. Es wird lediglich die in der August-Tagung des Reichstags nicht erledigte Wiederrückführung des Belagerungszustandsgesetzes endgültig beraten werden. Daran wird, wie in den früheren Kriegstagungen, der erweiterte Haushaltsausschuss die vorbereitende Arbeit aufnehmen. Das Ergebnis dieser Beratungen wird in der zweiten Dezemberwoche vor die Vollversammlung des Reichstags kommen. Jedenfalls wird auch der Reichskanzler erscheinen, um über die allgemeine Kriegslage das Wort zu ergreifen.

Es wird sich in den bevorstehenden Verhandlungen zu einem wesentlichen Teile um Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse handeln. Nach altem langem Zögern sind jüngst neue Bundesratsverordnungen beschlossen und veröffentlicht worden, die einigen schwereren Mängeln auf dem Nahrungsmittelmarkt begegnen sollen, so die Höchstpreisfestsetzungen für Schweinefleisch und für Getreide. Aber sowohl hinsichtlich dieser Nahrungsmittel als auch vieler anderer für den täglichen Volksgebrauch nötigen Waren, insbesondere in der Kartoffelversorgung, sind die getroffenen Bestimmungen noch durchaus nicht ausreichend, um die unbedingt erforderliche Befreiung der nur allzu berechtigten Beschwerden der unermittelten Kreise herbeizuführen. Es muß mit noch viel mehr Einseitigkeit durchgegriffen werden. Nicht nur die schlimmsten Auswüchse des skrupellosen Wuchers müssen ausgerottet, sondern ganz allgemein muß für eine gleichmäßigere Verteilung der Lebensmittel über das ganze Land hin und für alle Bevölkerungsschichten Fürsorge getroffen werden. Denn auch manche Nahrungsmittel infolge des langdauernden Verlustes der ausländischen Einfuhr nicht in dem Maße zur Verfügung stehen wie in Friedenszeiten, so ist doch von einem solchen Mangel keine Rede, daß irgend jemand im deutschen Volk Not leiden brauchte. Es fehlt lediglich an dem gerechten Ausgleich. Die deutsche Bevölkerung hat mit bewundernswürdiger Geduld die Leuzungsverhältnisse, die der hundertjährige Krieg mit sich bringt, auf sich genommen. Aber der Geduld haben reist und muß reizen, wenn die Bevölkerung zeternd muß, daß die Preise unheimlich zur Verelendung einzelner in die Höhe getrieben werden und daß nur noch Wohlhabende in der Lage bleiben, die Lebensmittel in Menge sich anzuschaffen, während bei den Unbemittelten die Ernährungsverhältnisse sich verschlechtern und schwerste Not bereitbringt. Dies muß anders werden! Es muß im Reichstag mit allem Nachdruck gegen die unzureichenden Maßnahmen der Bundesregierung vorgegangen werden. Es müssen die Maßnahmen gefordert und durchgeführt werden, die geeignet sind, den Ernährungsstand der unteren Volksschichten besser als bisher zu sichern.

Weiter wird sich der Reichstag wiederum mit mannigfaltigen sozialpolitischen Angelegenheiten beschäftigen. Die Fürsorge für die Kriegsfamilien bedarf noch weitestgehender Ausdehnung. Es stehen Bundesratsbeschlüsse in Aussicht zur Einbeziehung der Pflegekinder in den Kreis der Unterstützungsberechtigten sowie der Familienmitglieder auch der aktiven Heeresangehörigen. Leider aber ist bisher die von aktiven Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der General-Kommission der Gewerkschaften gestellte Forderung nach kostenloser Lieferung von Kohlen und Kartoffeln an die Kriegsfamilien während der Wintermonate nicht zur Erledigung gebracht worden. Wie verstanden, waren es die Beratungen der Städte und Gemeinden, die diese Forderung bei den Regierungen bekämpft und zu Fall gebracht haben. Unsere Fraktion wird sich von neuem bemühen müssen, diese Verbesserung in den Lebensverhältnissen der Kriegsfamilien zu erreichen.

Andere wichtige Fragen, die der Beratung bedürfen, betreffen die Notlage in der Textilindustrie, die Beschäftigung der Kriegsgefangenen, die Versorgung der Kriegswunden, die Vorbereitung der Arbeitsvermittlung für die heimkehrenden Krieger. Vor allem wird auch ein sehr ernstes Wort mit der Reichsregierung darüber zu sprechen sein, daß

(W. L. V.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. November 1915.

Auf dem Westlichen Kriegsschauplatz

und auf dem Westlichen Kriegsschauplatz

keine wesentlichen Ereignisse.

Die Besteuerung der Kriegsgewinne.

Berlin, 27. November. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht den angekündigten Entwurf eines Gesetzes über vorübergehende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne. Aktien-Gesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergengesellschaften und andere Bergbau treibende Vereinigungen, letztere sofern sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften m. b. H. und eingetragene Genossenschaften, die im Deutschen Reich ihren Sitz haben, sind verpflichtet, 50 Prozent des in einem Kriegsgeschäftsjahre erzielten Nettogewinnes in eine zu bildende Sonderrücklage einzustellen. Ist der Gewinn bereits verteilt, so sind etwaige freiwillige Rückstellungen bis zum Betrage von 50 Prozent des Nettogewinnes der Sonderrücklage zuzuführen. Sind freiwillige Rückstellungen nicht gemacht worden oder erreichen sie diese Höhe nicht, so ist ein Betrag von 50 Prozent des Nettogewinns oder der noch fehlende Betrag aus dem Nettogewinn des nächsten Kriegsgeschäftsjahres jedesmal vorweg zu entnehmen und der Sonderrücklage zuzuführen. Außerdem ist daneben die Hälfte des erzielten Nettogewinns in die Sonderrücklage einzustellen. Rücklagen für Wohlfahrtszwecke sind nicht als freiwillige Rückstellungen im Sinne dieses Gesetzes anzusehen. Gewinnaufträge, die zu ausschließlich gemeinnützigen Zwecken bestimmt worden sind, und deren dauernde Verwendung zu solchen Zwecken gesichert ist, dürfen in diesem Falle von dem Geschäftsgewinn des beim Inkrafttreten des Gesetzes abgelaufenen Geschäftsjahres abgesetzt werden.

der versprochene Geschenktwurf zum Reichsvereinsgesetz, durch den wenigstens die Rechtslage der Gewerkschaften besser begründet werden soll, noch immer nicht auf der Bildfläche erscheint. Nicht minder darüber, daß die elementare Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente der Arbeitsveteranen von der Reichsregierung jetzt wiederum verweigert wird. Es erregt im Volke das äußerste Befremden, daß eine solche längst fällig gewordene und keineswegs sehr große Beträge erfordernde Reform noch immer nicht zur Erfüllung gelangen soll. Da dieser ungeheure Weltkrieg wahrhaft fabelhafte Umsatzen beschlingelt, so kann es nicht verstanden werden, wenn nun in der Sozialpolitik verhältnismäßig geringe Summen für unsere alt gewordenen Arbeiter nicht aufbringbar sein sollen.

Vor allem wird aber der Reichstag auch gewillt sein, sich mit der Frage der Fragen zu beschäftigen: Gibt es noch immer nicht eine Möglichkeit, zum Ende dieses Jahres und Länder verwickelnden Weltkriegs zu gelangen? Erscheint noch immer kein Hoffnungszeichen am Horizont, der uns das Morgenrot des Friedens anzeigen möchte? Es ist zu erwarten, daß der Reichskanzler das Wort nehmen wird, um vor dem erwartungsvollen deutschen Volke die Gestaltung der Weltverhältnisse während der letzten angangenen Zeit und die etwaigen Zukunftsaussichten darzulegen. Wird etwas von einer Weihnachtsgeschichte aus seinen Worten klingen oder wird er nur von neuem sagen, daß es noch weiter gehen muß?

Ganz außer Zweifel ist es, daß sich die Kriegslage für Deutschland und seine Verbündeten sehr günstig gestaltet hat. Weltgeschichtliche Ereignisse haben sich in Galizien, Polen und Rumänien vollzogen und vollziehen sich gegenwärtig auf dem Balkan. Aber — so scheint es — gerade die überwältigende Bedeutung dieser deutschen Erfolge erfüllt die gegnerischen Mächte mit ungeheurer Erbitterung. Vor sechs Monaten wollten England und Rußland und Frankreich nichts von Frieden hören, weil sie damals hofften, Deutschland überrennen und besiegen zu können. Jetzt wollen sie noch immer

Valkan-Kriegsschauplatz:

Oesterreichisch-ungarische Truppen haben das Gelände südwestlich von Mitrowiza bis zum Kina-Abzweig vom Feinde gesäubert. Die Zahl der bei und in Mitrowiza gemachten Gefangenen erhöht sich um 1700.

Westlich von Kristina sind die Höhen auf dem linken Sitnica-Ufer von deutschen Truppen besetzt. Weitere 800 Gefangene fielen in unsere Hand.

Südlich der Drinica haben bulgarische Truppen die allgemeine Linie Gole-Strinja-Nezere-Kjubotin überschritten. Oberste Heeresleitung.

Heftige Kämpfe bei Riga.

† Petersburg, 27. November. Der amtliche Kriegsbericht von gestern lautet: Der Kampf in der Gegend der Meleer Befestigung wurde gestern den ganzen Tag ohne Erfolg für den einen oder den anderen Teil fortgesetzt. Gegen Abend nahm der Kampf an Heftigkeit ab. In dem Gefechte beim Dorf Minjunt (8 Kilometer nördlich Riga, 45 Kilometer südlich Dinaburg) besetzten unsere Truppen das Gehölz im Süden des Dorfes. Auf dem Frontabschnitt vom Dgaer Wald bis zum Hügel und am Eise herrscht Ruhe. In der Gegend westlich Duga (45 Kilometer südlich Riga, zwischen Rona und Duga) verläuft der Feind vorzugehen. Aber in seiner Entwicklung bedroht, zog er sich in seine Ausgangsstellung zurück. Sein Versuch, gegen das Dorf Janowka nördlich Puzacz vorzudringen, war auch erfolglos. Auf dem anderen Frontabschnitt im Süden von Gzartorsk und auf dem galizischen Kriegsschauplatz herrscht Ruhe. Im Kaukasus keine Veränderung.

Deutschfeindliche Erbschaft für Reichs-Gardie.

London, 27. November. Bei der Erbschaft in dem West-Englischen Reichs-Gardie, dem früheren Reichs-Gardie, wurde der Arbeiterpartei Stanton mit 1098 Stimmen gegen den Arbeiterpartei Winstone gewählt, der 6080 Stimmen erhalten hatte. Winstone war von der Partei ausgeschlossen worden. Der frühere Reichs-Gardie-Vertrauensmann des Arbeiterverbandes Stanton trat gegen ihn auf, und scheint seinen Erfolg dadurch errungen zu haben, daß er den Gegner einer deutschfreundlichen Gesinnung beschuldigte. Die Liberalen und die Unionisten hatten für diese Wahl keine Bewerber aufgestellt.

nichts vom Frieden hören, weil sie sich selbst sagen, daß es nur ein Frieden sein könnte, der Deutschland eine sichere und starke Stellung in Europa und in der Welt gewähren müßte. In diesen Gedanken mag sich noch immer der Stolz Albions und seiner Bundesgenossen nicht finden. Dazu kommen die Einbildungen, denen man sich in London und Petersburg und Paris noch immer hingibt, daß das Deutsche Reich nicht imstande sein werde, seine bisherigen Kriegserfolge festzuhalten, daß es vielmehr die Höhe seiner Kräfte überschritten habe und daß es bei weiterer Fortführung des Krieges, bei dem Aufgebot neuer russischer und englischer Armeen doch schließlich um so früher niedergeworfen werden könne. So kommt es, daß die gegnerischen Regierungen und Volksvertretungen von den Stimmen der Sehnsucht nach Frieden, die auch dort laut geworden sind, noch nichts hören wollen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags ist für die unerlässliche Aufgabe, das Land vor dem Unheil feindlicher Angriffe zu schützen, eingetreten. Sie ist trotz allen Opfern in dieser schweren Pflichterfüllung nimmer ermüdet und wird, wenn es so sein muß, diese Pflicht weiter üben. Die sozialdemokratische Fraktion hat aber von Kriegsbeginn an nicht minder es als ihre heilige menschliche Aufgabe erachtet, für die Herbeiführung des Friedens zu sprechen und zu wirken. Sie wird darum auch jetzt es sich nicht nehmen lassen, mit noch mehr Nachdrücklichkeit als je zuvor den Frieden zu fordern, sofern sich eine Bereitschaft auch bei den gegnerischen Staaten bemerkbar macht. Sie wird mit Entschiedenheit darauf dringen, daß nicht etwa durch weitgehende Eroberungspläne irgendwelcher Mächte die Möglichkeiten zur Abwendung des Friedens erwidert werden. Wir wollen aus tiefer Seele hoffen, daß dann unser Wort endlich auch in den gegnerischen Ländern einen glückverheißenden Widerhall erwecken wird!